

Mobilitätssektor warnt vor den Folgen eines harten Brexit:

Logistikketten zwischen Deutschland und Großbritannien werden ausgebremst

Berlin, den 12. März 2019 - Der Vorsitzende des Präsidiums des Deutschen Verkehrsforums, **Dr. Jörg Mosolf**, warnt vor einem harten Brexit: „Sollte es zu einem harten, unkoordinierten Brexit ohne Übergangsphase kommen, bedeutet das nicht nur für die britischen Bürger und Unternehmen hohe Belastungen, sondern auch für deutsche Unternehmen des Mobilitätssektors erhebliche Einschränkungen, Störungen und Mehrkosten.“ In den kommenden Tagen wird das britische Parlament die Weichen für das weitere Brexit-Verfahren stellen.

Eine Umfrage des DVF unter seinen Mitgliedsunternehmen zeigt: Die Branche erwartet vor allem Unsicherheiten bei den Verkehrsrechten für Verkehrs- und Logistikunternehmen, steigende Kosten durch Zölle und höheren Koordinierungsbedarf sowie eine eingeschränkte Flexibilität beim Personaleinsatz.

„Wir befürchten eine deutliche Einschränkung des Warenaustauschs mit Großbritannien, die Logistikketten zwischen britischen und deutschen Unternehmen werden ausgebremst,“ kritisiert Mosolf.

In einer Umfrage unter den Mitgliedsunternehmen des DVF wurden unter anderem folgende kritische Folgen eines harten Brexit benannt:

- Für den Tag des Übergangs müssen Zwischenlager eingerichtet oder bilateral Verfahren festgelegt werden, da Waren quasi während des Transportes zollpflichtig werden. Gleichmaßen müssen die Logistiker kurzfristig Transportrouten ändern oder Notfallrouten planen.
- Grundsätzlich steigt der Koordinierungs- und Lageraufwand bei den Logistikern. Neben den eigentlichen Zöllen ergeben sich durch die neue Grenze vor allem Mehrkosten durch Zollbroker, neue Software und Zollanmeldungen. Auch der Zeitaufwand für den Transport steigt erheblich durch die Zollabfertigung. Einige Zulieferer sehen zunehmenden Bedarf für Lagerflächen in Großbritannien.
- Durch den übergangslosen Austritt von Großbritannien ergäbe sich eine unklare verkehrsrechtliche Situation mit negativen Einflüssen auf den Flugbetrieb. So sind einige Luftfrachtbetreiber auf Zwischenlandungen auf britischen Flughäfen angewiesen. Bei einem harten Brexit müsste Fracht beim Zwischenstopp auf britische Airlines umgeladen werden, um bestehende Logistikketten aufrecht zu erhalten. Auch für die Schifffahrt ergeben sich administrative Hürden, da Schiffe

im Linienverkehr entlang der europäischen Küste die EU verlassen und wieder zurückkehren.

- Für Fahrzeughersteller ergibt sich u.a. die Notwendigkeit, Typgenehmigungen für die EU in Typgenehmigungen für Großbritannien zu überführen. Auch die wechselseitige Versorgung durch Zulieferer wird kritisch gesehen.
- Auf Seiten des Personals ergeben sich – wie in anderen Sektoren auch – durch die Einschränkungen der Freizügigkeit neue Anforderungen für Visa, für die notwendige Anerkennung von Berufs- bzw. Studienabschlüssen, sowie neue Verfahren für die Krankenversicherung und Rentenversicherung. Durch die einschränkende Migrationspolitik sinkt die Arbeitskräfteverfügbarkeit für die Niederlassungen vor Ort. Auch auf der Verwaltungsseite werden Anpassungen erwartet, z.B. um Zahlungsströme neu auszurichten oder die Rechtsform von Gesellschaften zu ändern.
- Insgesamt befürchtet die Branche, dass das Verkehrs- und Transportvolumen zwischen Deutschland und Großbritannien stark abnehmen wird. Dadurch sinken auch die Auslastung der Fahrzeuge und die Kostendeckung. Zudem werden Geschäfte und Investments aufgrund der Planungsunsicherheit zeitlich verschoben. Durch ein sinkendes Pfund werden außerdem Währungsrisiken befürchtet. Im Infrastrukturbereich werden Finanzierungszusagen für Großprojekte erst einmal verschoben und die Projekte dadurch verzögert.